Merkel will bundesweite Strukturen für Imamausbildung entwickeln

22. März 2018

Berlin (KNA) Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) setzt in der Islam-Debatte auf eigene Strukturen auch mit Blick auf die theologische Ausbildung.

„Dass wir uns Jahrzehnte auf türkische Imame für Gastarbeiter verlassen haben, reicht für das 21. Jahrhundert nicht aus“, sagte Merkel am Mittwoch in Berlin in ihrer ersten Regierungserklärung der vierten Amtsperiode. Hier müssten Bund und Länder – auch mit Hilfe der Islamkonferenz – zukunftsfähige Strukturen entwickeln. Zugleich bekräftigte Merkel erneut eine Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland. „Es steht völlig außer Frage, dass die historische Prägung unseres Landes christlich und jüdisch ist“, aber mit rund 4,5 Millionen Muslimen in Deutschland sei der Islam „inzwischen ein Teil von Deutschland geworden“.

Die Kanzlerin räumte ein, dass das Zusammenleben der Religionen die Bundesrepublik vor große Herausforderungen stelle. Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus hätten dabei in „unserem Rechtsstaat keinen Platz“. Fragen des Zusammenlebens und Zusammenhalts gingen aber über den Rechtsstaat hinaus. Es gehe auch darum, was Deutschland präge und was zur deutschen Kultur heute und künftig dazugehöre.

(KNA – sknml-89-00119)

Stand: 16. November 2026